

In die Vollen



Nächstes Jahr kommt der doppelte Abi-Jahrgang an die NRW-Unis: Ruhr-Uni und TU Dortmund im Vergleich. Seite 2

Auf die Nuss



Rassismus oder Prosa? Krachts neuer Roman „Imperium“ spaltet die Geister. Seite 3

An die Eier



Für Sexualstraftäter gilt in Deutschland: wegsperren und bloß nicht nach den Ursachen fragen. Seite 4

Internet

Alle Artikel und mehr gibt es im Netz unter

www.bszone.de

Trotz gewonnener Wahl bisher keine Koalitionsverhandlungen

Grüne Hängepartie

(mr) Manchmal ist alles doch komplizierter als ursprünglich gedacht. Nach dem großen Wahlsieg der bisherigen AStA-Koalition aus Grüner Hochschulgruppe (GHG), Linker Liste (LiLi), und der Liste Schöner Wohnen in Bochum (SWIB) rechneten Viele mit der zügigen Bildung einer neuen Studierendenvertretung. Inzwischen sind die Wahlen an der Ruhr-Uni bereits einen Monat her, und trotzdem haben die Koalitionsverhandlungen noch nicht einmal begonnen. Grund dafür sind interne Konflikte in der Grünen Hochschulgruppe.

Obwohl die GHG vor der Wahl beschlossen hat, eine Fortsetzung der linken AStA-Koalition anzustreben, sehen das einige der gewählten grünen ParlamentarierInnen jetzt offensichtlich anders. Sie wollen lieber ein Bündnis mit den Jusos sowie der Liste NAWI eingehen, die nach eigenen Angaben hauptsächlich die Interessen der „Naturwissenschaftler und Ingenieure“ vertritt. Andere Teile der GHG lehnen das wiederum vehement ab. Öffentlich geworden ist der Konflikt durch einen offenen Brief von 23 Mitgliedern der Grünen Hochschulgruppe. Die StudentInnen, die bei der Wahl für die GHG angetreten sind, schreiben darin, dass sie sich von ihren gewählten VertreterInnen getäuscht fühlen: „Solltet ihr, die das betrifft, jetzt tatsächlich darüber nachdenken, das Weiterbestehen eines grün-linken AStAs mit euren Stimmen im Parlament zu verhindern, und stattdessen der Liste NAWI und Juso HSG in den AStA zu verhelfen, dann hättet ihr das vor der Wahl sagen müssen. Dann wären wir nicht mit euch gemeinsam angetreten. Wir hätten euch nicht im Wahlkampf unterstützt, und wir hätten auch nicht



Foto: flickr / Jackie Kewer (CC BY-NC-ND 2.0)

Die Wahl gewinnen reicht nicht: Die Grüne Hochschulgruppe uneins über ihren zukünftigen Kurs.

unseren Mitstudierenden und unseren Freund*innen empfohlen, diese Liste zu wählen. Hättet ihr euer jetziges Verhalten angekündigt, wären wir nicht auf die Idee gekommen, Leuten zu empfehlen, unserer gemeinsamen Liste ihre Stimme zu geben, wenn sie verhindern wollen, dass Gruppen wie die NAWI Einfluss auf die Ausrichtung der Studierendenschaft gewinnen.“ Weiter fordern die GHG-KandidatInnen ihre gewählten VertreterInnen in dem Brief auf: „Nehmt endlich Koalitionsverhandlungen mit unseren bisherigen BündnispartnerInnen LiLi und SWIB auf, und verhandelt im Sinne der Studierenden und unserer inhaltlichen Wahlkampfaußagen.

Sorgt mit dafür, dass es weiterhin einen grünen, linken, emanzipatorischen und internationalistischen AStA gibt. [...] Die Täuschung unserer Wähler*innen, unserer Wahlkampf helfer*innen und nicht zuletzt auch die Irreführung von uns als euren Mitkandidierenden ist keine Option.“

Was wird aus dem AStA?

Auch nach mehreren Krisensitzungen konnte die Grüne Hochschulgruppe ihren internen Konflikt nicht belegen. Denn während ein Teil der Grünen Koalitionsverhandlungen mit den bisherigen PartnerInnen bisher ablehnt, ist für einen anderen Teil der Liste die Zusammenarbeit mit der nach eigenen Aussagen „unpolitischen“ Liste NAWI ausgeschlossen – nicht nur wegen der anderslautenden Beschlüsse und Erwartungen vor der Wahl, sondern auch aus inhaltlichen Gründen. Die Folgen des Konflikts für die Studierendenschaft sind bisher nicht absehbar. Vorerst bleibt jedenfalls der bisherige AStA aus GHG, Linker Liste und SWIB weiter kommissarisch im Amt.

Linke Liste gibt Grünen Zeit

Die Linke Liste, die bei den Wahlen drei Parlamentssitze hinzugewonnen hat und fortan wie die Grünen mit neun VertreterInnen im Studierendenparlament sitzt, reagiert bisher sachlich auf die Hängepartie. „Auch bei uns sind natürlich Einige ein wenig irritiert über die Verzögerungen,

denn nach dem großen Wahlerfolg für die AStA-Koalition haben wir mit zügigen Koalitionsverhandlungen gerechnet“, sagt Fabian Wisotzky von der Linken Liste. „Aber wir verstehen, dass es innerhalb der Grünen Hochschulgruppe Klärungsbedarf über ihren zukünftigen Kurs gibt oder gab. Das ist nicht schlimm. Wir können das akzeptieren, gerade weil wir auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren zurückblicken.“ Gleichzeitig verweist Wisotzky auf das Sondierungsgespräch mit der GHG, das aus Sicht der LiLi durchaus erfolgreich verlaufen ist. Jedenfalls seien keine plötzlichen Konflikte zwischen den bisher AStA-tragenden Listen aufgetaucht. Auf den darauf folgenden Listentreffen der Linken Liste sei „ganz deutlich geworden, dass die LiLi-Aktiven gerne mit viel Energie und ohne Vorbehalte in die Verhandlungen und in ein neues gemeinsames AStA-Jahr mit GHG und SWIB starten würden. Was es dazu braucht, das ist ein Signal der Grünen Hochschulgruppe“, so Fabian Wisotzky weiter.

Ob, oder wann es dazu kommt, ist zumindest bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe völlig offen geblieben. Mit einer weiteren Erklärung hat die Grüne Hochschulgruppe inzwischen Gerüchten, sie stehe vor der Spaltung, ausdrücklich widersprochen: Vielmehr arbeite die Liste „unter Hochdruck an der für die Studierenden an der Ruhr-Universität besten Lösung“. Ist das ernst gemeint, muss zeitnah ein Kompromiss her, mit dem beide Seiten leben können: Einerseits die, die der Juso-Hochschulgruppe nahestehen, und andererseits auch die, die sich an ihre Aussagen vor der Wahl gebunden fühlen, dass ein Bündnis mit der Liste Nawi auf jeden Fall ausgeschlossen ist.

Trotz Kritik: Bochumer Rat will Architekturwettbewerb beschließen

Musikzentrum: Angst vor Folgekosten

(rvr) Das ging schnell. Bereits drei Wochen nach der groß inszenierten BürgerInnenbeteiligung zum Bochumer Haushaltskonzept setzt sich die Politik über den Willen der angeblich Beteiligten hinweg. Schließlich lautete der mit Abstand am häufigsten geäußerte Vorschlag in dem extra eingerichteten Online-BürgerInnenforum: Die Stadt solle auf den Bau des Musikzentrums verzichten, um das Geld stattdessen in den Erhalt der bestehenden sozialen und kulturellen Infrastruktur zu stecken. Trotzdem will der Rat der Stadt an diesem Donnerstag den Architekturwettbewerb für das Musikzentrum endgültig auf den Weg bringen. Die Kosten für die Stadt sind dabei weit höher als öffentlich kommuniziert.

Es ist der große Traum einer noch größeren Koalition im Rat: Für insgesamt 33,2 Millionen Euro sollen ein Konzerthaus für mindestens 850 ZuschauerInnen, ein musikalisch nutzbarer Mehrzwecksaal sowie Verwaltungsräume für die Bochumer Symphoniker entstehen – und zwar auf dem Parkplatz an der Viktoriastraße und in der daneben liegenden Marienkirche. Millioneninvestitionen in einen Prestigebau, während die Stadt auf der anderen Seite bei bestehenden Kultur- und Sozialeinrichtungen empfindlich kürzen will: Klar, dass es Protest gibt. Die BefürworterInnen der Pläne argumentieren dagegen, die Stadt selbst übernehme



Schon wieder ein Wettbewerb: Diesmal soll auch die Marienkirche in das Konzept eingebunden werden. Ob der Entwurf diesmal finanzierbar ist? Foto: Van den Valentyn Architektur

nur 2,4 Millionen der auf gut 33 Millionen Euro festgesetzten Baukosten. 16,6 Millionen Euro kommen demnach vom Land NRW und aus EU-Fördermitteln. Der Rest der Summe, 14,3 Millionen Euro, soll durch Spenden abgedeckt werden, welche die Stiftung Bochumer Symphonie sammelt.

Dass diese Rechnung aufgeht, bezweifeln KritikerInnen massiv, unter anderem wegen der üblichen Kostensteigerungen bei solchen Projekten während des Baus. Beispiele für städtische Fehlkalkulationen gibt es schließlich genug: Erst im vergangenen Herbst musste die Verwaltung

einräumen, dass die Kosten für einzelne Stadtumbau-West-Projekte auf bis das Achtfache der ursprünglich genannten Summen angestiegen sind. Selbst wenn es beim Musikzentrum nicht so extrem kommen sollte: Es wäre eine große Überraschung, wenn die Stadt nicht auch hier auf Mehrkosten sitzen bleiben würde.

Auch unabhängig von bisher nicht einkalkulierten Kostensteigerungen steht jedoch bereits jetzt fest, dass die Stadt in Wirklichkeit weit mehr belastet wird als nur durch die öffentlich kommunizierten 2,4 Millionen Euro. Schließlich kommen zwei weitere Millionen Euro, die offiziell

als Spenden verrechnet werden, von den Stadtwerken und der Sparkasse – also städtischen Tochterunternehmen, die ihre Überschüsse an die Kommune abführen müssen. Damit fließen mindestens 4,4 Millionen städtische Euro in den Bau – mit Risiken deutlich nach oben.

Was die KritikerInnen allerdings noch weit mehr umtreibt als die Millionen, die für den Bau aufgewendet werden müssen, das sind die Folgekosten. Da sind zum einen die Betriebskosten von 650.000 Euro jährlich – auch hier liegt das Risiko von Kostensteigerungen bei der Stadt. Darüber hinaus will sich der Bochumer Rat auf einen folgenreichen Deal mit dem Land NRW einlassen: Die eingeplante Fördersumme für das Musikzentrum soll nämlich nur fließen, wenn die Stadt Bochum im Gegenzug die Jahrhunderthalle zeitnah als Eigentümerin übernimmt. Eigentlich hatte der Rat genau das im Sommer 2010 für die kommenden zehn Jahre aus Angst vor den hohen Folgekosten bereits abgelehnt. Für die Jahrhunderthalle fallen derzeit in etwa jährliche Kosten in Höhe von 2,3 Millionen Euro an. Während Bochum davon bisher 400.000 Euro trägt, stellt die Übernahme der Halle angesichts der klammen Kassen ein weit größeres Risiko dar. Schließlich sind Zuschüsse durch den Regionalverband Ruhr bisher nur bis 2016 gesichert, und auch der Vertrag mit der Ruhrtriennale als Hauptnutzerin muss neu verhandelt werden.

:boinkürze

CDU verkauft

(fik) Der Bochumer Haushalt soll um 51 Millionen Euro bis zum Jahr 2022 gekürzt werden. Die größten Posten in diesem harten Sparpaket sind die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer (jeweils circa 5,2 Millionen Euro), der Personalabbau in der städtischen Verwaltung von etwa 25 Prozent und die Erhöhung der Gewinnabschöpfung der kommunalen Betriebe. Die rot-grüne Ratsmehrheit hat vergangene Woche mitgeteilt, dass sie die Kürzungen im Bereich Soziales, Jugend und freien Kulturträgern nicht mitmachen wird, trotzdem kann das angepeilte Einsparvolumen von 51 Millionen Euro realisiert werden. Die CDU hingegen will auch keine Erhöhungen der kommunalen Steuern mitmachen. Insgesamt verwehrt sich die CDU 17 Millionen Euro innerhalb des Konsolidierungspakets. Hingegen will sie einen Großteil der Beteiligung an Gelsenwasser verkaufen, RWE-Aktien veräußern und das Bochumer Kanalnetz privatisieren. Dadurch könnten zwar kurzfristige Einnahmen generiert werden, jedoch wäre dies eine Fortführung neoliberaler Politik nach dem Motto „Privat vor Staat“, außerdem würden langfristige kommunale Einnahmen und die demokratische Kontrolle wichtiger Bestandteile der Daseinsvorsorge wegfallen.

:bsz aktuell**Fauler Sonntag**

(fik) Nach der sehr knappen Entscheidung des Bochumer Rates, dieses Jahr keine verkaufsoffenen Sonntage zuzulassen, war die Aufregung sehr groß. Vertreter_innen des Einzelhandels schäumten vor Wut. Nun haben sie sich mit Vertreter_innen von Kirchen, Gewerkschaften und Einzelhandel an einen Tisch gesetzt, um einen Kompromiss zu erarbeiten. Das ursprüngliche Konzept sah verkaufsoffene Sonntage an elf verschiedenen Tagen im Jahr vor, teilweise in der ganzen Stadt, teilweise nur in einzelnen Stadtteilen. Der Kompromiss sieht nun neun Termine vor, aber wirklich weggefallen ist der 3. Juni in Stiepel, andere Termine werden nur zusammengelegt. So sollen nun der Ruhrpark und das Hannibal-Einkaufszentrum am selben Tag öffnen können. Gewerkschaften und Kirchen sind von ihrer ursprünglichen Haltung deutlich abgewichen und sind auf den Einzelhandel zugegangen. Die rot-grüne Koalition in Bochum wird diesen Vorschlag voraussichtlich nicht unterstützen und arbeitet gerade an einem eigenen Antrag, die verkaufsoffenen Sonntage stärker einzuschränken. Am 1. März soll der Rat entscheiden.

Immerhin Image

(fik) Elmar Weiler wurde schon wieder unter die Top drei der Rektor_innen des Jahres gewählt. Die Wahl treffen die Rektor_innen selbst. In den vergangenen vier Jahren belegte Rektor Weiler immer einen der ersten drei Plätze. Damit hat Weiler den Platz zugesprochen bekommen, den er sich seit langem für die Ruhr-Uni vorstellt. Für die Studierenden und Lehrenden an der RUB hat dies keine direkten positiven Auswirkungen. Sie leiden weiter unter Raumnot, zu wenigen Dozierenden und zu geringer demokratischer Teilhabe.

Stadtwerke Bochum stabil

(fik) Die Stadtwerke Bochum haben beschlossen, in diesem Jahr weder den Preis für Strom und Gas, noch für Wasser zu erhöhen. Das Ziel der Stadtwerke ist es, keine Kund_innen mehr an Konkurrent_innen zu verlieren. Seit der Privatisierung des deutschen Strommarktes 1998 haben die Bochumer Stadtwerke nur 7,5 Prozent an Kund_innen eingebüßt. Der nationale Durchschnitt lag bei 22 Prozent. Wie die Stadtwerke als Tochterunternehmen der Stadt Bochum mehr Gewinn als bisher an den kommunalen Haushalt abführen sollen, bleibt ohne Preiserhöhungen fraglich. Obwohl die Bochumer Stadtwerke weiterhin zwei Millionen Euro für Sponsoring – unter anderem an den VfL – ausgeben wollen.

Soziale Stadt?

(fik) In der Sitzung des Bochumer Sozialausschusses vergangene Woche stimmten alle Fraktionen dafür, den Bochum-Pass beizubehalten. Mit ihm können finanziell schwache Menschen vergünstigt Angebote unter anderem der Musikschule, Büchereien und Museen nutzen. Auch die Reduzierung der Zuwendungen an die Krisenhilfe sowie an Wohlfahrts- und Gesundheitsvereine wurde von SPD, Grünen und Linken abgelehnt. Geschlossen werden soll hingegen die Übernachtungsstelle für Wohnungslose in Watenscheid. Jedoch war dem Ausschuss bewusst, dass dies nur geschehen darf, wenn für die betroffenen Personen Ersatz geschaffen wurde.

TU Dortmund besser auf doppelten Abi-Jahrgang vorbereitet als Ruhr-Uni**Bochum hinkt weiter hinterher**

(fik) Im Wintersemester 2013/14 kommt der doppelte Abiturjahrgang an die nordrhein-westfälischen Hochschulen. Im Vergleich zu anderen NRW-Unis bereitet sich die RUB jedoch sehr langsam darauf vor. An der TU Dortmund wurde vergangene Woche das Richtfest eines neuen Seminargebäudes gefeiert. In Bochum wird das geplante neue Gebäude für die zusätzlichen Studierenden erst 2014 fertiggestellt sein, ein Jahr zu spät.

„Insgesamt benötigt die Ruhr-Uni zusätzlich 6.600 Quadratmeter Fläche, um die Studierenden auch im nächsten Jahr unterzubringen“, sagt Laura Schlegel, die Bochumer AStA-Vorsitzende. Dazu war ursprünglich das neue Gebäude GD geplant. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW und die Uni-Leitung können einen rechtzeitigen Baubeginn jedoch nicht einhalten, deswegen wird das Bauwerk erst 2014 bezugsfertig sein. Derzeit wird das Gebäude IC grundsaniiert und voraussichtlich genau zum doppelten Abiturjahrgang 2013/14 nutzungsbereit sein. „Wir könnten mit der sofortigen Modernisierung von IB warten, dann stünden für die zusätzlichen Studis ein Gebäude mehr zur Verfügung“, sagt Laura Schlegel. Die Uni-Leitung hat sich hingegen festgelegt und will nach der Fertigstellung von IC direkt mit der Sanierung von IB beginnen. Dafür müssen dann Bauwerke außerhalb des Campus angemietet werden. Das Institut für Archäologie liegt bereits am Bergbaumuseum und das RUB-Zentrum für Psychotherapie ist Ende vergangenen Jahres in die Stadtbadgalerie gezogen. Die Uni-Leitung plant weitere Gebäude an der Universitätsstraße Ecke Wasserstraße anzumieten. „Wir sollten zusammen mit der Behindertenvertre-



Studis können kommen (aber nicht so viele): Neues Seminargebäude an der TU Dortmund. Foto: TU Dortmund

tung die neuen Gebäude besichtigen, der Termin wurde aber leider abgesagt“, kritisiert die AStA-Vorsitzende. Außerdem umfassen die beiden Anmietungen nur 4.600 Quadratmeter, also fehlen für den doppelten Abiturjahrgang immer noch 2.000 Quadratmeter Fläche.

Dortmund ist weiter

Mit dem Richtfest für das neue Seminargebäude sieht es an der TU Dortmund besser aus. Das 7.600 Quadratmeter große Bauwerk wird auch rechtzeitig im Herbst 2012 fertiggestellt sein. „Die Technische Universität Dortmund hat sich verpflichtet, in den kommenden fünf Jahren bis zu

7.500 zusätzliche Studienanfängerinnen und Studienanfänger aufzunehmen“, sagt der Kanzler der TU Dortmund, Albrecht Ehlers. Der AStA der TU Dortmund sieht die Probleme der eigenen Universität eher im mangelnden Lehrpersonal als in der Raumnot. „Schon jetzt fallen Veranstaltungen aus, weil Dozierende fehlen“, sagt der AStA-Referent für Hochschulpolitik und Lehre Johannes Blömeke. Die Uni-Leitung hält dem entgegen: „Die TU Dortmund verwendet mindestens die Hälfte der ihr zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Hochschulpakt II für die Einstellung von zusätzlichem Lehrpersonal“, so Ehlers. Die Universitäten versuchen derweil einen

zu großen Ansturm von Studierenden durch hohe NCs abzdämpfen. „Wir sind grundsätzlich gegen Zulassungsbeschränkungen wie den Numerus Clausus, jedoch können wir auch nicht zulassen, dass Studis wegen der zu geringen Kapazitäten einfach geparkt werden, ohne Veranstaltungen besuchen zu können“, sagt Johannes Blömeke.

Fortschritte und Rückschritte

In Dortmund wird das neue Gebäude auch mit Selbstlernräumen ausgestattet, die vom AStA verwaltet werden. Von solch einer Stärkung der studentischen Selbstverwaltung ist Bochum hingegen sehr weit entfernt. Immerhin wird der AStA seit vergangem Jahr in die Planungen einbezogen. Viele Herausforderungen stehen auf der Tagesordnung: Die fehlenden räumlichen Kapazitäten, das fehlende Lehrpersonal, ein ganzheitliches Verkehrskonzept und ausreichend viele Wohnheimplätze. „Die Arbeit der Planungsgruppe könnte jedoch ad absurdum geführt werden, wenn die Uni-Leitung ihre Pläne zur Personalreduktion in diesem Jahr wirklich durchziehen sollte“, sagt Laura Schlegel. „Die zusätzlichen Mittel für Lehrpersonal vom Land könnten so vielleicht nur den Status Quo wiederherstellen. Trotz zusätzlichen Studis würde dann kein weiteres Lehrpersonal zur Verfügung stehen. Das wäre fatal.“ Auch die TU Dortmund steht vor immensen Problemen: „Ohne weitere Mittel für die Lehre stehen einige Lehrstühle vor dem Aus“, sagt Johannes Blömeke. Alle Universitäten und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen stehen vor fast unlösbaren Herausforderungen: Ohne eine bessere finanzielle Ausstattung werden sie kaum zu bewältigen sein.

Wie ernst nehmen Hochschulen den Datenschutz?**Ganz schön durchschaubar**

(nh) Big Brother is watching you! Das schien sich zumindest ein Rostocker Mathematikprofessor zu denken, als Anfang Februar dieses Jahres seine Studierenden bei einer Klausur mithilfe von Videokameras überwachen ließ. Die Konsequenz: Nicht nur der Spott von KollegInnen prasselte auf den Mathematiker ein, auch die Rostocker Unileitung sah sich gezwungen, mit Maßnahmen zu reagieren. Die allgemeine Prüfungsordnung der Universität soll im Hinblick auf den Gebrauch von Videokameras angepasst werden. Weit weg vom Ruhr-Uni-Alltag? Nein, auch an der RUB werden die Studierenden überwacht und der Datenschutz ist keineswegs lückenlos.

Aus dem Lernalltag der Studierenden ist diese Plattform kaum wegzudenken: Blackboard. Die alten Handapparate sind der eLearning-Plattform immer flächendeckender gewichen und die Weiterentwicklung von eLearning-Konzepten auf dem Vormarsch. Immense Datenvolumina und Lerninhalte können praktisch gebündelt und auf verschiedenste Arten aufbereitet ins Netz gestellt werden, um neben den Präsenzveranstaltungen einen erweiterten Lernraum zu schaffen. Was jedoch die wenigsten Studierenden kennen, ist der statistische Apparat hinter der Plattform. „Zum Betreiben von Blackboard holen wir uns die Rückversicherung über den Datenschutzbeauftragten der RUB. Technische Neuerungen für den Bereich eLearning werden durch ihn in datenschutztechnischer Hinsicht geprüft“, sagt Kathrin Braungardt von der eLearning Stabstelle der RUB. Als KursleiterIn in Blackboard ist es möglich, Statistiken über das Nutzerverhalten der Studierenden einer Lehrveranstaltung zu erstellen und so festzustellen, welche Lerninhalte

genutzt werden. Dabei handelt es sich um so genannte aggregierte Statistikenberichte, die zwar das komplette Nutzungsverhalten darstellen, jedoch ohne es auf die einzelnen Personen zurückführen zu können. Dieses gängige Verfahren wird auch bei der Auswertung und weiteren Aufbereitung der Statistiken der Evaluierungsmaßnahmen einzelner Veranstaltungen mit dem Erfassungssystem Evasys angewandt. Anders sieht es allerdings bei der Übersicht über das letzte Einloggen der TeilnehmerInnen in einen Blackboard-Kurs aus. Der letzte Zugriff der Studierenden wird personenspezifisch mit einem Zeitstempel versehen und angezeigt. Eine Online-Überwachung kann also sehr wohl, wenn auch nur im geringen Maße, stattfinden.

Jonglage mit Daten soll sicherer werden

Auch an dem System VSPL zur Erfassung der Prüfungsleistungen der Studierenden der RUB wurde seit der Einführung im Jahr 2002 harsche Kritik in Bezug auf die Sicherheit der personenbezogenen Daten geäußert. Um den wachsenden Anforderungen auf IT-Ebene gerecht zu werden und eine datenschutztechnische Verbesserung für dieses Erfassungssystem zu erzielen, wurde von Bochumer ForscherInnen eine Software entwickelt. Die Software TURAYA.TrustedDesktop der IT-ForscherInnen der Arbeitsgruppe RUBTrust soll nun in einer einjährigen Fallstudie von 130 Studierenden erprobt werden. Die zum Starten des VSPL-Clients benötigte Soft- und Hardware startet nur dann, wenn beide Komponenten mit Hilfe von Turaya als vertrauenswürdig eingestuft wurden. Das Eindringen von Schadsoftware, Viren und Trojanern soll so verhindert werden. Erklärtes Ziel der



Datenschutz an Hochschulen: Manchmal ist virtuell ganz schön real.

Foto: Corinna Dumat / pixelio.de

Arbeitsgruppe und des Projektes ist „die Realisierung eines vertrauenswürdigen VSPL-Clients“, um die Sicherheit der personenbezogenen Daten auch am Heimcomputer oder dem Arbeits-PC zu gewährleisten.

Mensch macht's

Welche Daten geben Studierende von sich selbst in Blackboard oder anderen genutzten Lernplattformen preis, die nichts mit den Voreinstellungen des Systems zu tun haben? Wie geht ein Lehrstuhl mit der Herausgabe von Klausuren an die Studierenden um? Eine Frage, die besonders 2010 in der Debatte um verschwundene Klausuren in der juristischen Fakultät [die bsz berichtete]

an Brisanz gewann und die Konsequenz nach sich zog, dass Studierende ihre Klausuren nur noch gegen Vorlage des Studierendenausweises bekommen. Keineswegs ist es aber nur eine Anforderung an die technischen Gegebenheiten, mit denen Studierende oder Lehrende tagtäglich konfrontiert werden, sondern auch der persönliche Umgang mit personenbezogenen Daten. Der unterliegt ebenso der Uni, wie auch den Studierenden selbst. Auch, wenn die Hochschulen primär dafür verantwortlich sind, die entsprechenden Grundlagen zu schaffen, um angemessenen Datenschutz überhaupt gewährleisten zu können. Nicht nur die Maschine, auch der Mensch macht's.

Propaganda und Gewalt

(Mnd) Die Zahl der antisemitischen Straftaten in NRW ist nach Angaben des Landes im vergangenen Jahr nicht zurückgegangen. Das ergibt die Antwort der Landesregierung auf eine kleinen Anfrage der Grünen im Landtag. Demzufolge wurden im Jahr 2011 insgesamt 242 antisemitisch motivierte Straftaten gemeldet – im Vorjahr waren es 240.

Beleidigungen, Bedrohungen, Körperverletzungen – Jüdinnen und Juden in NRW sind nahezu unverändert Ziel antisemitischer Straftaten. „In 2011 (sind) in verschiedenen Städten jüdische Grabsteine geschändet, Gedenkstätten beschmiert und antisemitische Flugblätter verteilt worden“, heißt es in der Antwort der Landesregierung. Der Fahndungserfolg indes scheint auszubleiben: Im gesamten Jahr 2011 wurden lediglich neun Tatverdächtige im Alter zwischen 16 und 44 Jahren festgenommen. Auch Verurteilungen gab es kaum: Von insgesamt 300 Ermittlungsverfahren kam es zu 52 Anklagen und nur zu 24 Verurteilungen – 252 Verfahren wurden eingestellt. Zwar kann man angesichts der blanken Zahlen nicht von einer relevanten Zunahme antisemitischer Straftaten sprechen. Die Zahl der Gewalttaten jedoch stieg von vier auf zehn an, und hat sich damit mehr als verdoppelt. Die ermittelten Tatverdächtigen sind alle männlich, Volksverhetzungsdelikte überwiegen. Die Landesregierung verortet die allermeisten Straftaten im rechten Milieu, doch auch für die Kategorie „Politisch motivierte Kriminalität Links“ sind zwei Sachbeschädigungen verzeichnet. Für die „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ sind insgesamt drei Straftaten angegeben, weitere acht fallen unter die Kategorie „Sonstiges.“

Damit wird der Eindruck erweckt, Antisemitismus sei primär ein Problem der angeblichen politischen Extreme. Dass dies eine Fehlannahme ist, zeigte eine Ende Januar von einem wissenschaftlichen ExpertInnenkreis vorgestellte Studie zu Antisemitismus in Deutschland. 16,4 Millionen BundesbürgerInnen hegten demnach antisemitische Emotionen – und damit knapp ein Fünftel der Bevölkerung (Die bsz berichtete). Natürlich ist das nackte Ressentiment an sich noch keine Straftat, die Landesregierung betont aber, dass „die Befürwortung antisemitischer Aussagen letztendlich den Nährboden für antisemitisch motivierte Straftaten vor(bereitet), die auch in NRW im vergangenen Jahr verübt wurden.“ Es besteht also Anlass zur Beunruhigung. Doch nicht nur der Antisemitismus in der selbsterklärten „Mitte der Gesellschaft“ wird bislang eher stiefmütterlich behandelt. Auch in der linken Szene werden immer wieder antisemitische Vorfälle bekannt. Gerade im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt findet hier vor allem Propaganda statt, so etwa Boykottaufrufe gegen israelische Waren. In diesem Fahrwasser schwimmen dann auch oft die Grenzen zwischen dem was das Landeskriminalamt in „Rechts“, „Links“ und „Ausländerkriminalität“ auffächern will.

Im Zweifel gegen Israel

Ein klassisches Beispiel dafür ist etwa der sogenannte Duisburger Flaggenkandal von 2009. Am Rande einer antiisraelischen Demonstration hing ein Student eine Israelflagge aus dem Fenster seiner Wohnung an der Demoroute. Die vor allem aus linken und migrantischen Demonstrierenden bestehende Menschenmenge stoppte und stieß Verwünschungen in Richtung des Israelfreundes aus, „Nazis – Israel“ skandierten sie. Auf einem Video eines anderen



DemonstrantInnen zünden bei einer Protestaktion eine israelische Fahne an.

antizionistischen Aufmarsches, ebenfalls in Duisburg, ist ein Mann mit arabischem Hintergrund zu sehen. Dieser lässt, angesichts einer Israelfahne sichtlich aufgebracht, seinen Vernichtungspantastien freien Lauf: „Wo ist dieser Hitler? (...) Der hätte den ganz fertig gemacht den Arschlöcher!“ (Fehler im Original.) Die Anwendung von Kategorien auf diesen Personenkreis dürfte recht willkürlich erfolgen, sehen sich doch viele ProtagonistInnen der israelfeindlichen, antiimperialistischen Szene selbst als „links“ an. Wohin stecken die Behörden nun also „Ausländer“, die angeblich „links motiviert“ rechte Straftaten begehen? Es ist diese begriffliche Willkür, diese ideologische Vereinfachung komplexer Sachverhalte, welche eine adäquate Analyse zur Lage deutscher Zustände erschwert. Wer richtigerweise darauf verweist, dass das bloße Befürworten antisemitischer Positionen den Nährboden für Übergriffe bildet, darf eine Besonderheit der Judenfeindschaft nicht ignorieren: Sie existiert in allen poli-

tischen und ideologischen Lagern, allein ihre Ausformung variiert. Die einen verbergen sie hinter antizionistischer Rhetorik, andere ergehen sich in wilden Weltbeherrschungstheorien, wieder andere fröhnen dem offenen Antisemitismus. Das muss nicht strafbar sein. Problematisch wird es allerdings da, wo Jüdinnen und Juden in Deutschland sich ihrer körperlichen Unversehrtheit nicht mehr sicher sein können. Permanente Einschüchterung von Menschen jüdischen Glaubens entsteht vor allem durch Aktionen wie die Schändung von Friedhöfen und Synagogen, so auch die Beschmiierung jüdischer Grabsteine in Bochum 2010. Auch bei den Behörden selbst hapert es gewaltig, was das bloße Erkennen von Antisemitismus angeht: Als Reaktion auf den antisemitischen Mob im Duisburger Flaggenkandal sorgte die Polizei nicht etwa für das Recht des Studenten auf freie Meinungsäußerung. Stattdessen traten die Tür der Wohnung ein und entfernten die Israelflagge. „Aus Sicherheitsgründen.“

Christian Krachts neuer Roman „Imperium“ und die Kritik

Uneinig Faselland

(mr) „Imperium“, der neue Roman von Christian Kracht, sorgte schon vor dem offiziellen Verkaufsstart in zahlreichen Printmedien für Aufregung. Die LiteraturkritikerInnen ließen es sich nicht nehmen, ihren Phantasien freien Lauf zu lassen und die wunderbarsten Interpretationsthesen zu spinnen. Von Tim und Struppi über Tomas Mann bis hin zu Oscar Wilde wurde einiges an Vergleichen herangezogen. Die Meinungen zu „Imperium“ reichen dabei von Begeisterung bis Entsetzen. Letztlich entwickelte sich eine Debatte, die sich mehr mit dem Autor Kracht auseinandersetzt als mit dessen Roman. Und wie schon beim Fall Hegemann beschäftigt sich die Literaturkritik letzten Endes eher mit sich selbst als mit dem Gegenstand ihrer Betrachtung: dem Text. Um diesen soll es hier aber gehen.

Die Handlung des Romans ist die eines historischen Kolonialromans. Die Geschichte des Auswanderers August Engelhardt wird fiktional nacherzählt. Dieser machte sich realiter im Jahre 1902 zu den deutschen Kolonien im damaligen Deutsch-Neuguinea auf, um auf Kabakon, einem kleinen Eiland von weniger als hundert Hektar Größe, eine Kokospflanzung zu betreiben. Der bekennende Vegetarier und Nudist huldigte der Kokosnuss als dem heiligsten aller Nahrungsmittel und begründete damit den sogenannten Kokovorismus. Ein anfänglicher Grund für die Faszination der Kokosnuss war ihre vielseitige Verwendungsmöglichkeit. Die Erzählfigur schwärmt: „Sie wuchs an höchster Stelle der Palme, der Sonne und dem lichten Herrgott zugewandt; sie schenkte uns Wasser, Milch, Kokosfett und nahrhaftes Fruchtfleisch; sie lieferte, einzigartig in der Natur, dem Menschen das Element Selen; aus ihren Fasern woben Matten, Dächer und Seile; aus ihrem Stamm baute man Möbel und ganze Häuser; aus ihrem Kern produzierte man Öl, um die Dunkel-



Elitärer Rassist oder armer Poet? Christian Kracht poralisiert.

Foto: Frauke Finsterwalder

heit zu vertreiben und die Haut zu salben; selbst die ausgehöhlte, leere Nußschale lieferte noch ein ausgezeichnetes Gefäß, aus dem man Schalen, Löffel, Krüge, ja sogar Knöpfe herstellen konnte; die Verbrennung der leeren Schale schließlich war nicht nur jener herkömmlichen Brennholzes bei weitem überlegen, sondern auch ein ausgezeichnetes Mittel, um Kraft ihres Rauches Mücken und Fliegen fernzuhalten, kurz, die Kokosnuss war vollkommen.“ Die Faszination für die Kokosnuss nahm im Laufe der Zeit sowohl beim historischen Engelhardt als auch bei der Romanfigur fanatische Züge an, alsbald vertrat er die These, eine ausschließlich auf der Kokosnuss basierende Ernährung mache den Mensch gottgleich und unsterblich. Zeitzeugen berichteten, die Theorien des Apothekegehilfen wurden während seines Aufenthalts auf der Insel immer abstruser, und die fiktionale Erzählung treibt die fanatische Geistesentwicklung seines Protagonisten in unerwartete Sphären, und das auch dadurch, dass ihre Figur länger lebt als das reale alter ego, welches bereits 1919 starb und nicht, wie im Roman, auch den zweiten Weltkrieg überlebte. Der Roman funktioniert vor allem durch die

auktoriale, allwissende, aber wohlweislich nicht alles erzählenden Erzähler-Konstruktion. Der Text arbeitet mit verschiedenen Erzählstilen. Diese changieren zwischen poetischem Realismus, Abenteuerroman und künstlichen, beinahe ästhetizistisch anmutenden Detailbeschreibungen. Trotzdem liest sich der Text durchweg als moderner Roman, schon durch den Sprachwitz und die teils inkohärente Haltung der Erzählerfigur. Diese ließe sich vielleicht als nihilistisch und zynisch beschreiben, was etwa in dem folgenden Zitat deutlich wird, als er einen Auftritt des als Witzfigur karikierten Hitlers andeutet, der wohl „[k]omödiantisch“ anzusehen wäre, „wenn da nicht unvorstellbare Grausamkeit folgen würde: Gebeine, Excreta, Rauch.“ Mehrmals bedient sich der Text rassistischer Begriffe, spricht von der „weißen Rasse“ und „Negermädchen“, von „Halbblütern“ und anderen typischen Kolonialbegriffen, ohne jedoch durch diese Begriffe, wie von einzelnen Kritikern kolportiert, rechtes Gedankengut zu verbreiten. Die Begriffe geben Aufschluss über die Abscheulichkeiten einer bestimmten Zeit, andererseits sind sie ebenfalls wieder Indiz für den Grad

des Zynismus, mit dem die Erzählerfigur arbeitet und seine teils dekonstruierende Haltung preisgibt, indem er etwa an einer Stelle die „Schwarze Rasse“ als die überlegene nennt. Der Held, anfänglich angewidert von antisemitischem Gedankengut, wird letztendlich übrigens selbst zu einem überzeugten Antisemiten, was ein weiteres Argument für die früh im Roman ausgesprochene Parallele ist, die zwischen dem Protagonisten und Hitler gezogen wird, die beide an ihrer Ideologie zu Grunde gehen. Schon wieder wird Hitler übrigens auch hier als Vegetarier bezeichnet, obgleich er wohl zeitlebens zumindest Weißwürsten und Leberknödeln nicht abgeneigt war. Die politische Dimension des Romans ist aber zu vielschichtig und interpretationsbedürftig, um sie auf eine Ebene, etwa einen nihilistischen Zynismus, herunter zu brechen. Es gibt zahlreiche Anknüpfungspunkte, die es konsequent zu analysieren und zu interpretieren gilt. Fragt man dann doch nach dem Autor, ließe sich feststellen, dass es nicht die Aufgabe des Schriftstellers ist, einen eindeutigen, moralisch einwandfreien Roman zu schreiben. Ebenso wenig wie es seine Aufgabe ist, den Text gegen seine Kritiker zu erklären und zu rechtfertigen. Dieser ist, sobald abgeschlossen, in erster Linie ein für sich stehendes, vom Autor loszulösendes Werk, welches im Rahmen einer eigenen, textimmanenten Auseinandersetzung bewertet werden muss. Georg Diez hat daher in seinem Spiegel-Artikel „Die Methode Kracht“ eine Debatte ausgelöst, die in die falsche Richtung geht. Der Roman könnte vieles sein, etwa Blaupause für einen ideologischen Irrweg. Demokratiefreudlich, totalitär und antimodern ist der Roman aber nicht. Ob Christian Kracht dies ist, ist eine andere Frage. Antimodern ist in jedem Fall Georg Diez, denn bevor dieser noch einmal Literaturkritik übt, sollte er Roland Barthes Text „Tod des Autors“ lesen.

Donnerstag, 1. März

Arabischer Nationalismus und NS

Was hat arabischer Nationalismus mit der NS-Ideologie zu tun? Der Sozialwissenschaftler Karl Selent informiert über Nationalismus und Faschismus im arabischen Raum, gerade auch vor dem (historischen) Hintergrund der Staatsgründung Israels. Der Referent lehrt an der Uni Duisburg/Essen und ist Autor mehrerer Publikationen, darunter das Buch „Ein Gläschen Yarden-Wein auf den israelischen Golan“

20.00 Uhr
Druckluft
Am Förderturm 27, Oberhausen
Eintritt frei

Die Rechte der arabischen Frau

Der arabische Frühling hat den Menschen Lust auf Mitbestimmung gemacht. Für die Frauen allerdings könnten die Aufstände zu einer Konterrevolution werden – bislang sind die Islamisten die Profiteure der Umstürze. Die Soziologin und Arabistin Hannah Wettig spricht über die Rolle der Frauen in der Revolution, die Reaktion der konservativen und islamistischen Kräfte und die Perspektiven der jungen Frauenbewegung im arabischen Raum.

19.30 Uhr
Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108, Bochum
Eintritt frei

Ruhrbarone lesen

Die Ruhrbarone offline: Verschiedene Schreiberlinge des größten Regionalblogs Deutschlands tragen Texte und anderes vor. Die Autorin Juleska Vonhagen liest eigene Texte, Janina Kraack erzählt „eine erschütternde Geschichte der Gewalt“, und auch die Urgesteine Stefan Laurin und David Schraven bringen Poetisches und Literarisches.

20.00 Uhr
Djazz
Börsenstraße 11, Duisburg
Eintritt: 5 Euro

Freitag, 2. März

Hip-Hop gegen Sexismus

Die Berliner Rapperin Sookee kommt nach Witten, und das gleich in einer Doppelfunktion: Vor ihrem Auftritt wird die Künstlerin einen Vortrag über Sexismus und Homophobie halten. Dabei geht es vor allem auch um maskulistische Proll-Haltung in der Rap-Szene. Als Support-Act geben sich die Jungs von SBK-Basement die Ehre – in ihren Songs thematisieren auch sie immer wieder Diskriminierung und Ausgrenzung.

19.00 Uhr
Treff
Mannesmannstr. 6, Witten
Eintritt: 5 Euro

Samstag, 3. März

Nazis in Münster blockieren!

In Münster wollen Neonazis aufmarschieren. In der Studierendenstadt hat sich ein Bündnis gebildet, welches sich den Faschos in den Weg stellen will. Dabei will man sich an der Blockadestrategie der Dresden-Demos orientieren. Das Bündnis ruft zu breiter Beteiligung an den Gegenaktionen auf.

12.00 Uhr
Hansaplatz, Münster

Kultur-Festival in Witten

Ausstellung und Konzert: 10 KünstlerInnen präsentieren ihre Arbeit, darunter Malerei, Figuren und Videoinstallationen. Danach gibt es Live-Musik mit u.a. Die Conditorei (Ska), Compania Bataclan (Balkan) und Akzent One (Rap).

12.00 Uhr
Treff
Mannesmannstr. 6, Witten
Tageskarte: 8 Euro

Anti-Folterkomitee der EU rügt Kastration von Sexualstraf Tätern

:bszkolumne

Gestatten, Elite

Tiefe Einschnitte

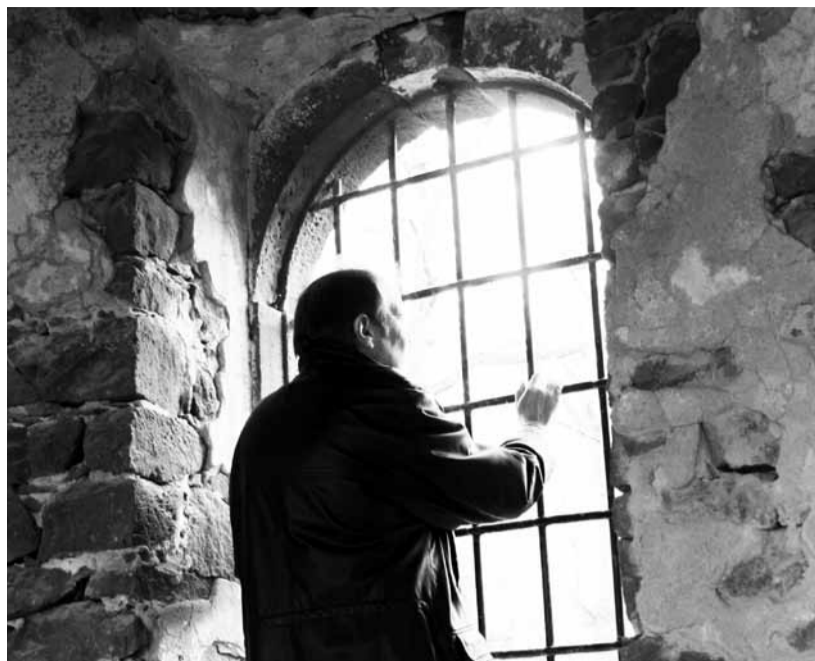
(Chs) Neben der Tschechischen Republik ist Deutschland das einzige EU-Land, das die chirurgische Kastration von Sexualstraf Tätern – wenn auch nur in wenigen Fällen – immer noch durchführt. In einem Bericht hat das Anti-Folterkomitee des Europarates in Straßburg diese Praxis jetzt offiziell kritisiert: Der verstümmelnde Eingriff ziehe schwere physische und psychische Folgen nach sich. Die Bundesregierung kündigt an, die Frage im Ethikrat diskutieren zu lassen.

die öffentliche Wahrnehmung, von Sexualstraf Tätern gehe eine steigende Gefahr aus. Dass die Täter sexualisierter Gewalt grundsätzlich nicht therapierbar seien, ist ebenfalls widerlegt. Insgesamt ist die Erfolgsquote in etwa vergleichbar den Aussichten von Suchtkranken wie Trinkenden und Spielenden. Insgesamt nimmt die Zahl der offiziell registrierten Sexualstraf taten stetig ab.

Und das gilt nicht nur für Deutschland. Dennoch verschärfte auch Frankreich im Jahr 2010 die Gesetzgebung: Das französische Gesetz ermöglichte eine umfassende Überwachung sowie strengere Sicherheitsverwahrung und ist heftig umstritten. Vorgesehen ist eine eigentlich freiwillige, aber dauerhafte Behandlung mit einem Medikamentencocktail, der unter anderem weibliche Hormone enthält, und der die Täter impotent macht. Lehnen die Straftäter allerdings die medikamentöse Behandlung ab, droht ihnen eine erneute Haft, und sie können nicht wie sonst im Strafrecht üblich das letzte Drittel ihrer Strafe erlassen bekommen.

Bundesgesetz seit 1969

Staatlich verordnete Kastration hat eine lange Tradition, vor allem zur Demütigung von Gegnern, und als rassenhygienische Maßnahme im Rahmen der Eugenik. Von diesen Praktiken wollte sich die Bundesrepublik seit 1945 größtmöglich distanzieren. Seit 1969 gibt es allerdings ein Bundesgesetz über die freiwillige Kastration, die das Verfahren des chirurgischen Eingriffs bei Sexualstraf Tätern regelt. Nach wie vor ist die Kastration, einmal durchgeführt, medizinisch nicht mehr rückgängig zu machen. Neben der chirurgischen Kastration zählt in Deutschland wie in Frankreich auch die chemisch-hormonelle Behandlung zu dem Repertoire, das heute an Gefangenen praktiziert wird. Zu den Nebenwirkungen gehören hierbei Brustwachstum und Depressionen. Dass die Medikamente sexuelles Verlangen und die Potenz wie angestrebt mindern, ist indes nicht erwiesen. GegnerInnen der aktuellen Verfahren kritisieren, dass bei der Suche nach Behandlungsmöglichkeiten zu wenig berücksichtigt wird, dass etwa



Wenn es um Sexualstraf Täter geht, wird eher verstümmelt, als nach Ursachen zu forschen. Foto: Silke Kaiser / pixelio.de

zwei Drittel der verurteilten Täter zuvor selbst Opfer sexualisierter Gewalt waren.

Lückenlose Überwachung

Das Hessische Landeskriminalamt hat im vergangenen Jahr eine Studie herausgegeben, in der es vorschlägt, eine Zentralstelle zur Überwachung rückfallgefährdeter Sexualstraf Täter einzuführen. Die Studie weist zwar diffus auf die Rolle von Prävention hin, ihr Hauptaugenmerk richtet sie jedoch darauf, möglichst viele Daten über die Täter zu sammeln. Und das, obwohl auch diese Studie eindeutig feststellt, dass entscheidende Risikofaktoren in bedeutendem Maße im engsten sozialen Umfeld zu finden sind. Gleichzeitig plausibilisiert sie die Forderung, bei Bedarf in massiver Weise die Persönlichkeitsrechte zu beschneiden. Es handelt sich dabei um Eingriffe, die von großen Teilen der Bevölkerung – auch aus Angst – toleriert und befürwortet werden. Sogar dann, wenn sich zeigen lässt, dass es vor allem dazu dient, innerhalb der Gesellschaft lediglich ein Gefühl von Sicherheit zu erzeugen. Auch bei der vom Hessischen Landeskri-

minalamt geforderten zentralen Überwachungsstelle geht es primär nicht um die Behandlung psychisch Kranker oder um die TäterInnen selbst, sondern darum, dass die gesellschaftliche Mitte in ihren Verhaltensweisen bestätigt und von weiteren Verantwortlichkeiten entlastet wird. Weitgehend unbestritten ist zwar, dass sexualisierte Gewalt meistens im Verwandten- und Bekanntenkreis und in allen Schichten der Bevölkerung stattfindet. Sexualstraf taten dennoch reflexartig lückenlose Überwachung oder eben Kastration entgegenzuhalten, verschleiert deswegen auch, dass gesellschaftliche Probleme mit der Bevölkerung zu tun haben, in der sie entstehen. Es lenkt außerdem davon ab, dass oftmals das direkte Umfeld beteiligt ist, und dass es sich um eine völlig falsche Vorstellung handelt, das Problem sei vor allem durch die Überwachung von einmal verurteilten Tätern in den Griff zu bekommen.

Es geht um Macht

Mit anderen Worten: Kastration als Problemlösung zu betrachten, zielt auch darauf, das Problem zu personalisieren anstatt sexualisierte Gewalt als gesamtgesellschaftliches Phänomen ernst zu nehmen. Darüber hinaus ist sogar unklar, ob eine Kastration im Einzelfall weitere Übergriffe verhindert. So betont etwa Angelika Oetken vom privaten Verein für Betroffene sexualisierter Misshandlung in der Kindheit, dass entgegen der landläufigen Annahme nicht ein übermäßiger Sexualtrieb, sondern eine schwerwiegende Persönlichkeitsstörung zu den besonders extremen Sexualstraf taten führe. Kastration als Strafmaßnahme lenkt demnach also nicht nur auf der gesellschaftlichen, sondern auch auf der personalisierten, also Täter-bezogenen Ebene von den eigentlichen Ursachen ab. Eine viel größere Rolle spielen nämlich, dass die – häufig impotenten – Täter Macht ausüben wollen. Stimmt diese Einschätzung, wird unmittelbar klar, dass Kastration und chemisch-hormonelle Behandlungen nicht das zugrunde liegende Problem lösen können, sondern es nur verlagern. Sie beruhigen nur oberflächlich, weil sie die Illusion von Sicherheit mit einer tatsächlichen Aufklärung der eigentlichen Ursachen verwechseln.

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung
Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Laura Schlegel, Jannis Lülff u. a.
Redaktion dieser Ausgabe: Karsten Finke (fik), Nadine Hemgesberg (nh), Martin Niewendick (Mnd), Rolf van Raden (rvr), Michael Reiners (mr), Chantal Stauder (Chs)
V.i.S.d.P.: Karsten Finke (Anschrift s. o.)
Auflage/Druck: 3.000, Druckwerk, Dortmund
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, SH Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900; **Fax:** 0234-701623
E-Mail: redaktion@bszonline.de
WWW: http://www.bszonline.de

Härtere Strafen für Sexualstraf taten: Das ist eine verbreitete Forderung vor allem in Boulevardmedien. Tatsächlich hat sich das Sexualstraf recht in den vergangenen Jahren bereits deutlich verschärft. Die Bayerische Landesregierung etwa führte 2006 HEADS ein, die „Haftentlassenen-Auskunftsdatei Sexualstraf Täter“. Im Rahmen dieses Konzeptes bewerten nicht PsychiaterInnen oder TherapeutInnen, sondern Polizei oder Justiz, wie hoch die Gefahr mutmaßlich ist, die von einem verurteilten Täter zukünftig ausgeht. Das Land Nordrhein-Westfalen nennt ihr Model KURS, was für „Konzeption zum Umgang mit besonders rückfallgefährdeten Sexualstraf Tätern“ steht. Hier findet die Beurteilung ausschließlich durch die polizeilichen Ermittlungsbehörden statt. Seit der Gesetzesverschärfung von 1998 wird unabhängig von der Schuld des Täters allein aufgrund seiner angenommenen Gefährlichkeit entschieden, ob er sicherheitsverwahrt wird oder nicht. Seit 2004 können auch Ersttäter noch nachträglich verwahrt werden. Diese Praxis hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) bereits im Jahr 2010 als Menschenrechtsverletzung verurteilt – unter anderem wegen der fehlenden therapeutischen Behandlung. Im vergangenen Jahr hat auch das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die nachträgliche Sicherungsverwahrung verfassungswidrig ist.

Sicherheitsdebatten

Trotz der reißerischen Berichterstattung in manchen Boulevardmedien sprechen die statistischen Daten eindeutig gegen

-Anzeige-

AKAFO

Speiseplan Mensa der Ruhr-Uni-Bochum
 vom 05.03. bis 09.03.2012

Das AKAFO im Web z. o. Jetzt Fan bei Facebook werden oder Aktuelles per Twitter verfolgen.

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Sprinter 2,- € (Stud.), 3,- € (Gäste)	<ul style="list-style-type: none"> Graupeneintopf Bockwurst oder Brötchen (R,S) Blaubeerpfannkuchen mit Vanilleeis (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Bauernomelette mit einem Salat (S) Basmatiauflauf fruchtig „Indisch“ dazu ein Salat (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Kartoffel-Möhreneintopf mit kleinen Frikadellen (S) Spaghettinigratin dazu ein Salat (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Hirtenpfanne mit Hähnchenfleisch Salat (G) Gemüse-Nudelauflauf Salat (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Moussaka mit Rindfleisch und einem Salat (R) Scharfe WOK-Gemüsepfanne mit einem Salat (V)
Komponentessen 1,20-1,60 € (Stud.) 2,20-2,60 € (Gäste)	<ul style="list-style-type: none"> Hähnchenschnitzel „Formaggio“ mit Kräutersauce (G) Blumenkohlkäsebratling mit Kräutersauce (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Paniertes Schweineschnitzel mit Jägersauce (S) Gebackener Camembert mit Preiselbeeren (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Hirtenkrüstchen mit Tsatsiki (R) Kohlroulade vegetarisch mit Kümmelsauce (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Rinderroulade mit Rouladensauce (R,S) Vegetarische Bratwurst mit Curryketchupsauce (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Fisch Spieß mit Sauce „Hollandaise“ (F) Panierte Champignons mit Kräuter Quark Dip (V)
Aktionen 3,30-6,50	<ul style="list-style-type: none"> Farfalle Nudeln mit einer Lachs- Broccoli-Sauce dazu ein Salat der Saison (A,F) 	<ul style="list-style-type: none"> Pouchierter Seelachs auf Gemüsestreifen mit Sahnesauce Jasminreis und Salat (A,F) 	<ul style="list-style-type: none"> Schweinefleischspieß mit Paprikatopping dazu Kartoffelgratin und Salat (S) 	<ul style="list-style-type: none"> Gebratenes Rinderhacksteak „Mexico“ mit Kartoffelcken und Salat (R) 	<ul style="list-style-type: none"> Putensteak natur mit glazierten Zwiebeln, Röstiecken und Salat (G)
Beilagen 0,60-0,70 €	<ul style="list-style-type: none"> Bio Kartoffeln Vollkorn Spaghetti Finger Möhren Siamgemüse 	<ul style="list-style-type: none"> Pommes Frites Vollkorn Gemüsereis Kaisergemüse grüne Bohnen 	<ul style="list-style-type: none"> Kartoffelpüree mit Röstzwiebeln Basmatireis Balkangemüse gebratene Champignons 	<ul style="list-style-type: none"> Bio Salzkartoffeln Makkaroni Blumenkohl Erbsen natur 	<ul style="list-style-type: none"> Kroketten rund Sesam Reis Blattspinat Kohlrabigemüse
Bistro 2,30-5,00 € (Stud.) 3,30-6,00 € (Gäste)	<ul style="list-style-type: none"> Kasselerbraten mit Sauerkraut und Kartoffelpüree (S) Maultasche mit Gemüse füllung, Waldpilz-Sahne-Sauce und Möhrensalat (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Pfefferspießbraten mit Blumenkohl und Schmorkartoffeln (R,S) Rindfleischstreifen mit Bambus, Basmatireis und Salat (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Puten „Cordon bleu“ mit Ananas-Currysauce, Sesam Reis und mediterranem Gemüse (G) Currywurst mit Pommes Frites und Salat (S) 	<ul style="list-style-type: none"> Schweineschnitzel mit Schinken und Käse überbacken, dazu Rahmlauch und Bratkartoffeln (S) Lachs-Lasagne mit einem Mischsalat (F) 	<ul style="list-style-type: none"> Hähnchen Nuggets mit Pommes Frites und Sweet Chilisauce, dazu ein Salat (G) Gulaschsuppe, dazu Ba guette (R)

Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbüffet.

Wir wünschen guten Appetit. Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem. Hier erhalten Sie aktuelle Änderungen und Preise. Vielen Dank. Erläuterungen: (S) mit Schwein, (R) mit Rind, (A) mit Alkohol, (V) vegetarisch, (Bio) aus kontrollierten-biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-039-Öko-Kontrollstelle, Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, (G) mit Geflügel, (F) mit Fisch, (L) mit Lamm.